

Antrag 43/I/2020**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****zurückgezogen****Solidarität mit dem Syndikat! Kiezstrukturen und Freiräume vor Verdrängung schützen – nicht die marktwirtschaftlichen Interessen der Immobilienkonzerne!**

- 1 Als Jusos Berlin erklären wir uns solidarisch mit der Kiez-
- 2 kneipe Syndikat und allen von Räumung bedrohten linken
- 3 und emanzipatorischen Projekten.
- 4
- 5 Die Geschichte des Syndikats ist ein Paradebeispiel dafür,
- 6 wie Kiezkultur und linke Freiräume der Immobilienspeku-
- 7 lation zum Opfer fallen. Dabei hatte das Betreiber:innen-
- 8 kollektiv erst nach aufwendiger Suche herausgefunden,
- 9 dass hinter der auf dem Papier angegebenen Eigentüme-
- 10 rin des Hauses, einer Briefkastenfirma in Luxemburg, der
- 11 Immobilienkonzern Pears Global steckt. Durch ein Kon-
- 12 strukt aus vielen Tochterfirmen, die zum Pears-Konzern
- 13 gehören, müssen die drei Pears-Brüder, denen der Kon-
- 14 zern gehört, keine oder fast keine Steuern zahlen. Auch
- 15 das Haus, in dem das Syndikat beheimatet war, hatte der
- 16 Pears-Konzern über eine Tochterfirma gekauft.
- 17
- 18 Umso absurder ist die Situation, dass der Berliner Senat
- 19 nun mit Steuergeldern einen Großeinsatz der Polizei fi-
- 20 nanziert, die per Gerichtsbeschluss die Profitinteressen
- 21 des Pears-Konzerns durchsetzt. Die Verhältnismäßigkeit
- 22 des Polizeieinsatzes sehen wir nicht. Bereits das polizei-
- 23 liche Vorgehen gegen die #RausAusDerDefensive-Demo
- 24 am Abend des 1. August 2020 wirft Fragen auf: Die De-
- 25 monstration wurde schon kurz nach Beginn brutal unter
- 26 Anwendung von Einsatzmehrzweckstöcken und CS-Gas
- 27 aufgelöst, während die Polizei am Mittag desselben Ta-
- 28 ges noch rund 20.000 Nazis und andere „besorgte Bür-
- 29 ger:innen“ und Verschwörungsgläubige, die in jenen zahl-
- 30 reichen mitmachenden Nazis kein Problem sahen, un-
- 31 ter bewusster Missachtung u. a. der Mund-Nasen-Schutz-
- 32 Auflage durch Mitte marschieren ließ. Vor Ort zeigten sich
- 33 die Einsatzkräfte überfordert, konnten keinen Schutz der
- 34 Gegendemonstrant:innen garantieren und waren nicht in
- 35 der Lage, offenbar auch nicht entschlossen dazu angewie-
- 36 sen, eine Auflösung wegen Verstößen gegen die Hygie-
- 37 neauflagen durchzuführen. Gerade diese Gegenüberstel-
- 38 lung der Demonstrationen am 1. August zeigt, dass Polizei-
- 39 ressourcen nicht den Zahlen der Teilnehmenden und de-
- 40 ren Anlässen entsprechend eingesetzt wurden.
- 41
- 42 Das Vorgehen am 6. und 7. August überstieg dies noch ein-
- 43 mal. Für die Durchsetzung der rechtlich geschützten Inter-
- 44 essen des Pears-Konzerns ließ der Senat für mehrere Tage
- 45 einen ganzen Kiez sperren. Dabei war dem Senat offenbar
- 46 das Eigentumsinteresse von Pears Global wichtiger als das
- 47 Umsatzinteresse des lokalen Gewerbes im abgesperrten

48 Schillerkiez, das Versammlungsfreiheitsrecht und Freizü-
49 gigkeit Grundrecht vieler Menschen, der uneingeschränkte
50 Zugang zur eigenen Wohnung sowie das Recht auf kör-
51 perliche Unversehrtheit derjenigen, die von der Polizei un-
52 ter Anwendung von körperlicher Gewalt festgenommen
53 wurden.

54

55 Einzelne Szenen verdeutlichen die Brutalität des Polizei-
56 einsatzes: Ein Mensch wird an einem Hamburger Git-
57 ter unter Inkaufnahme schwerer Verletzungen gewürgt,
58 während zugleich Umherstehende ohne Bestehen einer
59 Bedrohungslage für die Polizei gepfeffert werden.[1] Bilder
60 zeigen, wie Polizeibeamt:innen grundlos auf Festgenom-
61 menen knien.[2] Zahlreiche Menschen wurden bei den
62 Polizeimaßnahmen verletzt. Der Senat und Innensenator
63 Andreas Geisel im Besonderen tragen die volle Verantwor-
64 tung für die Polizeieinsätze.

65

66 Der Tag der Räumung, der 7. August 2020, ist ein schwe-
67 rer Schlag für das Projekt einer linken Regierung, das Ber-
68 lin mit dem rot-rot-grünen Senat versucht. Nicht nur des-
69 halb, weil die Exekutive für ein Firmenimperium, das nicht
70 einmal Steuern zahlt, unter wohl größtmöglich denkba-
71 rem Aufwand und brutaler Durchführung dessen Interes-
72 sen rücksichtslos durchsetzt, sondern auch, weil das Han-
73 deln der Polizei und damit des Senates ernsthaft unsere
74 Zusammenarbeit mit den vielen linken zivilgesellschaftli-
75 chen Initiativen gefährdet. Wir brauchen die antifaschis-
76 tischen, die mietenpolitischen und die vielen anderen lin-
77 ken Gruppen als Bündnispartner:innen für eine progressi-
78 ve Stadtpolitik und wir dürfen es nicht zulassen, dass der
79 linke (!) Berliner Senat die Grundlagen für eine linke Bünd-
80 nispolitik weiter beschädigt!

81

82 Wir müssen verhindern, dass so etwas wie das Polizei-
83 vorgehen am 7.8.2020 noch einmal passiert. Dazu ist es
84 notwendig, dass wir den marktwirtschaftlich auf Profit
85 ausgerichteten Immobilienmarkt zurückdrängen, genos-
86 senschaftliche Nutzung ermöglichen und für den lang-
87 fristigen Erhalt von Kiezstrukturen eintreten. Immobili-
88 en müssen dafür so weit wie möglich in gemeinwohl-
89 orientierte Nutzungsformen überführt werden. Um Kiez-
90 strukturen vor der Verdrängung zu schützen, fordern wir
91 zusätzlich zu dem bestehenden Mietenspiegel und Mie-
92 tendeckel für Wohnraumvermietung einen Gewerbemie-
93 tenspiegel und einen Gewerbemietendeckel. Immobili-
94 en dürfen nicht zum Spekulationsobjekt werden, sondern
95 müssen denen gehören, die sie nutzen, bewohnen und
96 pflegen. Wir setzen uns für die Rekommunalisierung von
97 Wohn- und Gewerbeflächen ein.

98

99 Was diejenigen Räumungen linker Projekte und von Ge-
100 werbe, das zur Kiezstruktur beiträgt betrifft, die aufgrund

101 der Rechtslage unumgänglich sind, muss das Land Berlin
102 oder der zuständige Bezirk sicherstellen, dass den Projek-
103 ten geeignete und angemessene Alternativräumlichkei-
104 ten zur Verfügung gestellt werden. Wir fordern von der
105 SPD Neukölln, dass sie sich mehr mit Neuköllner Gewerbe
106 solidarisieren und einsetzen! Es muss mehr Stellen geben.
107 an denen eine Kommunikation stattfindet und Lösungen
108 angeboten werden.

109

110 Was das Polizeihandeln angeht, ist es notwendig, dass
111 SPD-Innensenator Andreas Geisel zukünftig seiner Auf-
112 sichtspflicht gegenüber der Berliner Polizei nachkommt
113 sowie von seinem Weisungsrecht gegenüber der Polizei
114 gebraucht macht, um unverhältnismäßige Einsätze wie
115 den im Schillerkiez zu verhindern. Rote Zonen, also kiez-
116 große polizeilich abgeriegelte Gebiete, darf es in Berlin
117 nicht mehr geben.

118